



Elternumfrage zeigt lernstörende Lücken in der mathematischen Bildungskette

Darum geht es

Bildungspolitiker, Bildungswissenschaftler und Bildungs- bzw. Schulverantwortliche debattieren in diesen Tagen die besorgniserregend mangelhafte Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems. Sie sind sich einig, dass wir unbedingt eine starke Bildungsinfrastruktur benötigen, um Kindern und Jugendlichen optimale Zukunftschancen zu bieten und das moderne Leben unserer Gesellschaft auch weiterhin zu tragen. Eine Rundumerneuerung ist überfällig. Die Grundbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen sowie die mathematische Bildung als solches stehen im Fokus.

Die Elternumfrage – „Rechnenlernen - Was passiert (nicht) in Schulen?“ - bietet wichtige Hinweise auf fundamentale Ansatzpunkte für eine gelingende mathematische Bildung. Die über 120 teilnehmenden Familien sind sich weitgehend einig bzgl. der schulischen Umsetzung essenzieller Bausteine mathematischer Bildung:

- *Schulen erkennen, beachten und begleiten individuelle mathematische Lernwege nur ungenügend. Darunter leidet die mathematische Grundbildung oft von früh an.*
- *Familien fehlt eine kompetente Unterstützung durch das schulische System. Sie fühlen sich zurückgelassen, ihre Kinder würden ohne wirkliche Lernchancen "nur mitgeschleppt" durch die Schuljahre mit fortschreitenden Unterrichtsinhalten.*
- *Eltern wollen, dass ihre Kinder ihre mathematischen Fähigkeiten entwickeln können. Außerschulische Lerntherapien spielen dabei eine entscheidende Rolle, sind aber zu oft eine nicht tragbare organisatorische und finanzielle Belastung für Familien.*

Diese Einsichten ergänzen vorliegende Leistungsstudien sowie Feststellungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK um wichtige und ganz konkreten Hinweise der Eltern mit direkten schulischen Erfahrungen im Bereich Rechnenlernen.

Das passiert hierzu weiterhin

Die Ergebnisse dieser Elternumfrage sind wichtige Stimmen, die gehört werden müssen. Sie zeigen lernstörende Lücken auf, die vor Ort überprüft und alsbald fachmännisch behoben werden müssen. Daher war diese Umfrage ein wichtiger Anlass, die drei Bildungsministerien anzuschreiben, aus denen überdurchschnittlich viele der teilnehmenden Familien stammen: Brandenburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen. Die Anschreiben wurden je nach Bundesland mitgezeichnet von Berufsverband für Lerntherapeut:innen BLT, Fachverband für integrative Lerntherapie FiL, LVL Niedersachsen, KREISEL e.V., Zentren für die Therapie der Rechenschwäche ZTR.

Erst nach wiederholtem Nachfragen gab es Antworten von jedem Ministerium. Leider waren sie enttäuschend, denn sie wirken beinahe unbekümmert bis uninteressiert. Jedes der Bildungsministerien greift zwar das Thema „mathematische Grundbildung“ auf und bestätigt dessen höchste Priorität. Jedes Ministerium nutzt die Gelegenheit, um auf seine laufenden und

neuen Programme für Bildung hinzuweisen. Aber sie ignorieren den Verweis auf die Elternstimmen der Umfrage, die laufenden Programmen riskante Umsetzungsmängel bescheinigen genauso wie die direkt formulierte Gesprächsbitte zu diesen Einsichten.

Im Falle Niedersachsens spricht das Büro der Ministerin Julia Willie Hamburg die Mitgestaltung durch außerschulische Parteien eigentlich sogar explizit an: „Dabei sollen Verbände und Interessenvertretungen in möglichst großem Umfang beteiligt und deren Perspektiven aufgenommen werden.“ Hier fühlen wir uns angesprochen und wollen ins Gespräch kommen, denn die oben genannten Berufs- und Fachverbände sowie Interessenvertretungen für Lerntherapeut:innen müssen hier alsbald gehört und eingebunden werden.

Wie kann es also sein in Zeiten wie diesen? Es brennt, fundierte Einsichten und zielführende Ansatzpunkte müssen herangezogen werden. Auch aktuelle Ideen wie multiprofessioneller Teams und diagnosebasierter Lernbegleitung hängen in ihrer Wirksamkeit ab von einer erfahrenen Planung sowie einer baldigen, fachmännischen und zuverlässigen Umsetzung. Hierzu braucht es fachmännische Planungsgremien und umsetzungsstarke Verantwortliche.

Ein Lichtblick

So stellen abwimmelnde Anschreiben der Bildungsministerien also nicht zufrieden. Mit je lokaler Unterstützung geht es weiter: Mit einigen Mitzeichnern schrieben wir die Schulausschüsse der Landtage an. Zuerst Baden-Württemberg, jetzt Brandenburg und Niedersachsen hoffentlich noch folgend. Siehe da, aus BaWü erhalten wir eine Einladung zu einem Zoom-Treffen mit der anerkannten, ehemaligen Wissenschaftsministerin Frau Theresia Bauer. Heute ist Frau Bauer in der Grünen Landtagsfraktion fachlich zuständig für das Thema MINT-Bildung. Für sie ist die Stärkung der mathematischen Basiskompetenzen ein wichtiger Auftrag der Bildungspolitik - sowohl zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit als auch zur Förderung der MINT-Berufe. Sie dankte uns für die Übermittlung unserer Vorschläge und freute sich auf das Gespräch.

Unser einstündiges Zoom-Gespräch Mitte Mai war reichhaltig. Frau Bauer unterstrich, dass die harten Fakten zu Bildungsmängeln und ein sogar sinkendes Niveau alle Verantwortlichen drückt. Ihre Kollegin Frau Nadyn Saint-Cast und ihr Mitarbeiter Herr Lukas Weber, brachten die Bedeutung fachdidaktischer Kompetenz und des Sprachverständnisses ein. Auch den Aspekt der „Grundhaltung für Bildung“ diskutierten wir vor dem Hintergrund bildungshistorischer Vorstellungen einer gegebenen Normalverteilung der Leistung, einer noch jungen Kultur der Inklusion und laufender Ablenkungsmanöver per Verweise auf die Bildungsverantwortung des Elternhauses. Wir finden Einigkeit darin, dass Inklusion statt Sortieren und dass der individuelle Blick auf Schüler statt eines breiten Verweises auf die Elternrolle professionelles Selbstverständnis sein muss.

Lerntherapie und qualifizierte Lerntherapeut:innen waren ein wichtiger Schwerpunkt des Gesprächs. Unsererseits – ich als Initiatorin und Herr Dr. Royar des ZTR Freiburg i.Br. - nutzten die Gelegenheit, die lerntherapeutischen Verbandsstrukturen vorzustellen sowie die richtungsweisenden Qualifizierungsansprüche an die Siegel tragenden Lerntherapeut:innen. Unser in steter Entwicklung befindliches Berufsbild stärkte bereits in diesem Gespräch unsere Position, vor allem aber auch die systematische Professionalisierung vor dem Hintergrund einer dynamischen Bildungswelt. Auf ein großes Interesse von Lerntherapeut:innen an Vormittagen in Schule tätig zu werden, konnten wir bei dieser Gelegenheit ebenso hinweisen, wie auf deren Bedarf angemessener Entgelte und auf die Chancen sowie Grenzen digitaler Tools für Lernen bzw. Lernförderung.

Und was kam bei dem schließlich Gespräch heraus? Hier konnte Lerntherapie markant und hoffentlich wirkungsvoll platziert sowie ein wertvoller Kontakt hergestellt werden! Diese wichtigen

Gesprächspartner in BaWü zeigten großes Interesse und sagten zu, die Elternumfrage sowie die Informationen aus dem Gespräch ins Bildungsministerium und dessen Bildungspolitik hineinzutragen. Sie stimmten der Bedeutung einer zielführenden Steuerung der Schulentwicklungsprozesse zu und bestätigten Lerntherapeut:innen als wichtige Ressourcen für Schulen.

Bleiben wir am Ball, jeder derartige Schritt zählt!

Es lohnt sich, das sieht man hier:

Kriterien für Brennpunkt-Schulen stehen fest

Bildung Migrationshintergrund, Kaufkraft, Bücher im Haushalt: Ein Sozialindex soll bei der Identifizierung helfen.

Stuttgart. Nach der Ankündigung von Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne), sogenannte Brennpunkt-Schulen gezielt mit Personal und mehr Geld unterstützen zu wollen, ist nun klar, wie diese genau identifiziert werden sollen. Aus einer Antwort des Kultusministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion geht hervor, aus welchen Kriterien der geplante Sozialindex konkret bestehen soll.

Demnach sollen vier Indikatoren künftig bestimmen, ob eine Schule besonderen Unterstützungsbedarf hat: der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Mi-

grationshintergrund, die Anzahl der Bücher im Haushalt der Schüler, die durchschnittliche Kaufkraft pro Einwohner im Schulbezirk sowie der Anteil der Haushalte ohne Schulabschluss.

Zum Einsatz kommen soll der neue Index ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024. Im Bezirk der Schulämter Biberach, Lörrach und Tübingen sollen Schulen mit besonders hohen Indexwerten in einem Modellversuch mit zusätzlichem Geld unterstützt werden. Nach Angaben des Kultusministeriums werden dafür in den nächsten zwei Jahren rund 690 000 Euro pro Jahr an die

Schulen in diesen Bezirken verteilt. Die Schulen können damit zusätzliches Personal anstellen oder etwa mit Lerntherapeuten kooperieren. Insgesamt stehen 1,1 Millionen Euro pro Jahr für den Modellversuch bereit.

Darüber hinaus hat das Ministerium der Anfrage zufolge fünf weitere Städte identifiziert, in denen der Bedarf nach zusätzlicher Unterstützung besonders hoch ist: Mannheim, Pforzheim, Stuttgart, Singen und Heilbronn. Auch aus diesen Städten sollen besonders stark benachteiligte Grundschulen in den Versuch aufgenommen werden.

Hintergrund sind mehrere Bildungsstudien, bei denen Schülerinnen und Schüler im Land schlecht abgeschnitten hatten. So



Kultusministerin Theresa Schopper. Foto: Christoph Schmidt/dpa

wurde im Herbst bekannt, dass immer mehr Grundschüler die Regelstandards beim Lesen, Schreiben, Rechnen und Zuhören nicht mehr erreichen. Erst am

Dienstag ergab eine internationale Studie, dass jeder vierte Viertklässler in Deutschland beim Lesen das Mindestniveau verfehlt.

Laut Ministerium sollen auch weitere Maßnahmen mithilfe des Sozialindex gezielt im Land verteilt werden. „Der vorläufige Sozialindex dient als Grundlage für die Auswahl der Schulen für den Einsatz Pädagogischer Assistenten, der Erprobung multiprofessioneller Teams an Grundschulen sowie der Auswahl der für ein Freiwilliges Soziales Jahr im pädagogischen Bereich der Schulen infrage kommenden Einsatzstellen“, so das Ministerium. dpa

Quelle: Badische Zeitung, Ressort Bildung, 19. Mai 2023

<https://www.badische-zeitung.de/baden-wuerttemberg-will-brennpunkt-schulen-gezielt-foerdern--262581010.html>